

# Landkreis Ravensburg

den 12. Okt. 2017

## Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 12.09.2017 im Landratsamt Ravensburg, Kreishaus I, Friedenstr. 6, Ravensburg,  
Sitzungssaal 6. OG

Dauer 14:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 22 Mitglieder

### Anwesend:

#### stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Josef Forderer,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Daniel Steiner,

Herr Robert Stützele,

#### FWV

Herr Roland Schmidinger,

Herr Oliver Spieß,

#### Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Liv Pfluger,

#### SPD

Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

Vertreter der Jugendverbände

Herr Joachim Sautter,

Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrt

Herr Ewald Kohler,

Herr Gerhard Krayss,

Herr Friedemann Manz,

Beratende Mitglieder

Herr Ralf Brennecke,

Herr Matthias Grewe,

Frau Heike Krause,

Herr Michael Schrimpf,

Herr Edgar Wöhrle,

in Vertretung für Frau Daasch

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Konrad Gutemann,

Amtsleiter Jugendamt

Frau Melanie Ziminski,

Jugendamt

Frau Selina Nußbaumer,

Stabsstelle des Landrats

Gäste

Herr Karlheinz Beck,

Vorsitzender Sportkreis Ravensburg,  
zu TOP 4

Frau Tanja Beck,

Geschäftsleitung Jugendinformationszentrum  
aha, zu TOP 5

Frau Doris Hofer,

Jugendinformationszentrum aha, zu TOP 5

Herr Peter Müller,

CDU

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

wird von Frau Meschenmoser vertreten

Vertreter der Jugendverbände

Herr Martin Diez,

Frau Evelyn Rau,

Beratende Mitglieder

Frau Simone Daasch,  
Frau Magdalena Eder-Quintana,  
Herr Dr. Michael Föll,

wird von Herrn Wöhrle vertreten

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten des Jugendamtes**

3. 0108/2017  
Sprachförderung im Kindergarten - Projekt KoBS - Fortsetzungsantrag auf Förderung für das Kindergartenjahr 2018/2019

#### **Mitteilungsvorlagen**

4. 0111/2017  
Bericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes nach § 72a SGB VIII in Vereinen am Beispiel der Sportvereine; Gast: Hr. Karlheinz Beck, Sportkreisvorsitzender des Landkreises Ravensburg
5. 0112/2017  
Tätigkeitsbericht 2015/16 des Jugendinformationszentrums aha - Tipps und Infos für junge Leute; Gast: Fr. Tanja Beck, Geschäftsleitung des Jugendinformationszentrums aha
6. 0107/2017  
Tagesbetreuungsausbaugesetz - Bericht 2017 zum Ausbaustand der Kindertagesbetreuung im Landkreis Ravensburg - zum Stichtag 01.03.2017
7. 0109/2017  
Trennungs- und Scheidungsberatung im Landkreis RV bei hochstrittigen Themen und aktuelle rechtliche Entwicklungen
8. Mitteilungen und Anfragen

## **Nichtöffentliche Sitzung**

### **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

9. 0106/2017  
Fortschreibung Kreisstrategie 2018

10. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden am 29.08.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist. Außerdem entschuldigt sie sich für die dringvolle Enge im Sitzungsraum und veranlasst nach Zustimmung aller Teilnehmenden eine fotografische Dokumentation der Situation.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Änderung der Tagesordnung**

KR Hämmerle bittet angesichts der zahlreichen Besucher zu TOP 7, diesen Punkt vorzuziehen.

Gegen diese Änderung der Reihenfolge werden keine Einwendungen vorgebracht.

Die stv. Vorsitzende kündigt daraufhin an, TOP 7 nach TOP 2 zu behandeln.

Ansonsten gibt es keine (Änderungs-)Wünsche zur Tagesordnung.

*Anmerkung der Schriftführung:*

*Dieses Protokoll folgt der ursprünglichen Tagesordnung.*

**Beratungsergebnis:** keine Änderung

### **2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 01.06.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## Angelegenheiten des Jugendamtes

3 0108/2017

### **Sprachförderung im Kindergarten - Projekt KoBS - Fortsetzungsantrag auf Förderung für das Kindergartenjahr 2018/2019**

#### **Beschlussentwurf:**

1. Das aktuelle Konzept der Fortbildung für Fachkräfte „Kollegiale Beratung Sprachförderung (KoBS)“ wird überarbeitet und neu konzipiert. Das neue Format wird im Herbst 2018 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Fortführung und weiteren Förderung des Fortbildungsangebots „Kollegiale Beratung Sprachförderung“ (KoBS) für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2018/2019 zu. Für die Durchführung des Projektes wird im Kindergartenjahr 2018/2019 ein Zuschuss von ca. 17.000 € gewährt. Die Zuschussgewährung steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel im jeweiligen Haushaltsplan.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## Mitteilungsvorlagen

4 0111/2017

### **Bericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes nach § 72a SGB VIII in Vereinen am Beispiel der Sportvereine; Gast: Hr. Karlheinz Beck, Sportkreisvorsitzender des Landkreises Ravensburg**

Herr Gutemann führt in die Thematik ein.

Herr Beck berichtet von der Umsetzung bei den Sportvereinen, zeigt die Zeitschiene mit einer PowerPoint-Präsentation und schildert die Erfahrungen. Außerdem beschreibt er den Prozess der Meinungsbildung innerhalb des Sportkreises, die Herausforderungen im Einzelnen und den daraus resultierenden Arbeitsaufwand (z.B. Schulungsangebote für die Vereine).

KR Hämmerle stellt die Situation bei den Musikvereinen dar. In diesem Bereich werde die Sinnhaftigkeit der Vereinbarung nicht diskutiert oder hinterfragt. Er fragt, ob das bei der Feuerwehr praktizierte Vorgehen bei der Beantragung des erweiterten Führungszeugnisses auch bei den Vereinen angewandt werden könnte.

KR Stütze bekräftigt, dass sich ein ehrenamtlich Tätiger natürlich dieser Situation stellen müsse. Allerdings frage ein erweitertes Führungszeugnis auch Daten ab, die für das Kindeswohl keinerlei Relevanz haben. Die Offenlegung dieser Daten solle bei den Ehrenamtlichen für Verunsicherung sorgen. Deshalb müsse man Modelle schaffen, bei denen solche sensible Daten gefiltert über die Rathäuser an die Vereinsvorstände gelangen.

Herr Brennecke führt aus, dass die evangelische Kirche für die Ausarbeitung der Strategie gerne frühzeitig Hilfestellungen und stabile Rahmenbedingungen gehabt hätte. Bei dieser Thematik sei eine Prozessrichtung von oben nach unten sehr wichtig.

Frau Pfluger betont, dass das jetzige Verfahren lediglich ein erster Schritt auf dem Weg zu einem gelingenden Kinder- und Jugendschutz sei. Darauf müsse die Kultur der Achtsamkeit und des Hinschauens folgen. Sie erkundigt sich nach Konzepten für diese zweite Phase. Außerdem interessiert sie sich für die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten bzw. nach dem Umfang der Verpflichtung der Vereinsvorstände.

Herr Manz erwähnt, dass alle weiteren Konzepte zu einem umfassenden Kinder- und Jugendschutz auch die verschiedenen Vereins- und Verbandstätigkeiten berücksichtigen müssen.

Herr Krayss macht deutlich, dass allein eine unterschriebene Erklärung keine Garantie für das Kindeswohl darstellen kann. Ein weiterer wirksamer Ansatz wäre vielleicht die Benennung eines Ansprechpartners im Verein oder die Hinzuziehung von Fachberatungsstellen.

Herr Sautter teilt mit, dass sich der Kreisjugendring zu Beginn des Prozesses mit Rechtsfragen auseinandergesetzt und auch die Aufsichtspflicht beleuchtet habe. Er erwarte eine deutliche Unterstützung der Vereine und Verbände bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten. Nach Vorlage der Erklärungen gehe die eigentliche Arbeit erst los. Die Vereine hätten ihre Verantwortung für dieses Thema durchaus erkannt und



würden diese auch mit großem Engagement annehmen.

KR Hämmerle verweist auf die notwendige Sensibilität, all die neuen rechtlichen Vorgaben in den Vereinen anzusprechen.

Herr Beck beantwortet die Fragen aus dieser Runde der Wortmeldungen

- zur Umsetzungsdauer nach Bestehen des neuen Gesetzes seit 2012,
- zur Unterstützung der Vereine mit Formularen,
- zum Verantwortungsbewusstsein in den Vereinen
- und zur Lösung einer zusammengefassten Bescheinigung der Daten im Führungszeugnis.

Herr Manz wehrt sich gegen die Wertung „Durch die Vereinbarung werden die Vereine und Verbände einem Generalverdacht ausgesetzt.“ Dies sei ein fragwürdiges Konstrukt. Er erweitert die Definition von Missbrauch und skizziert die weiteren Formen seelischer und psychischer Verletzungen. In jedem Verein gebe es schwierige Persönlichkeiten und daraus resultierende belastende Situationen.

Herr Grewe tritt dafür ein, den Schutz der Daten zum Standard zu erheben. Im Text der Vereinbarung fehle leider eine Aussage zum weiteren Vorgehen, wenn ein Verdachtsfall besteht. Außerdem zeigt er am Beispiel der Formulierung des Abschnittes Nr. 3, dass der Inhalt der Vereinbarung auch sprachlich besser vermittelt werden sollte.

Die stv. Vorsitzende kündigt an, dass die Verwaltung die heutigen Hinweise im Einzelnen prüfen und ggf. in die weitere Arbeit einfließen lassen werde.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## 5 0112/2017

**Tätigkeitsbericht 2015/16 des Jugendinformationszentrums aha - Tipps und Infos für junge Leute; Gast: Fr. Tanja Beck, Geschäftsleitung des Jugendinformationszentrums aha**

Frau Beck stellt die Zahlen und Entwicklungen des Jugendinformationszentrums mit

einer PowerPoint-Präsentation vor.

Frau Hofer geht auf die Angebote des europäischen Freiwilligendienstes ein.

KR Schmidinger tauscht sich mit Frau Hofer über die Unterkunftsmöglichkeiten im Freiwilligendienst aus.

KR Hämmerle spricht dem Zentrum und insbesondere Frau Beck ein großes Lob für die geleistete Arbeit und für die Konstanz in der Geschäftsführung aus.

Herr Grewe hinterfragt den Erfolg der Jobbörse angesichts der rückläufigen Vermittlungszahlen.

Frau Beck führt aus, dass die jungen Leute bei der Jobsuche zum Teil auch wählerischer geworden seien.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

6 0107/2017

**Tagesbetreuungsausbaugesetz - Bericht 2017 zum Ausbaustand der Kindertagesbetreuung im Landkreis Ravensburg - zum Stichtag 01.03.2017**

Die stv. Vorsitzende verweist auf den als Tischvorlage ausgeteilten Bericht zur Kindertagesbetreuung.

KR Spieß betont, dass die Gemeinden durchaus ausbauwillig wären, allerdings sei der Betrieb auf Dauer nicht mehr leistbar. Die Finanzierung werde für die Gemeinden immer schwieriger, was ihn mit großer Sorge erfülle. Ein weiteres Problem sei die Personalnot. Hier habe die Politik bei der Entwicklung des Berufsbildes geschlafen. Zudem müsse man die Personalschlüssel und die überbordende Bürokratie in der täglichen Arbeit der Erzieher und Erzieherinnen hinterfragen.

KRin Pfluger erkundigt sich nach den Erfahrungen und Rückmeldungen der Eltern bezüglich der Suche nach Betreuungsplätzen.

Frau Ziminski hat bislang keinen Anstieg von Problemen registriert. Ansprechpartner für die Eltern seien in erster Linie die Einrichtungsleitungen, dann die Träger und Kommunen und erst am Ende das Jugendamt.

Herr Manz befürchtet weitere Schwierigkeiten durch die Ganztagesbetreuung und den Mittagstisch. Dem zeitlichen Dilemma der berufstätigen Mütter stehe der enorme finanzielle Aufwand gegenüber (im Betrieb und auch bezüglich der baulichen Rahmenbedingungen in den bestehenden Gebäuden).

KRin Müller informiert, dass auch die Hort-Betreuung mit ähnlichen Problemen kämpft. Von den Familien werde eine immer stärkere Flexibilität gefordert, was sich auf alle Strukturen der Tagesbetreuung auswirkt.

KR Steiner stellt klar, dass es nicht möglich sein wird, für jedes Elternteil individuell passende Angebote zu schaffen. Im Weiteren stellt er die unterschiedlichen baulichen Anforderungen von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Tagesmüttern (in fremden Räumlichkeiten) in Frage.

Herr Kohler fordert von den Bürgermeistern einen Appell an den Gemeindegtag/Städtetag bezüglich der Tarifsysteme, um dem Personalmangel endlich wirksam entgegenzutreten zu können.

Herr Krayss greift die problematische Personalsituation ebenfalls auf und erwähnt das Beschäftigungsverbot von schwangeren Erzieherinnen. Zu diesem Thema hätte er gerne eine Risikoanalyse. Die Förderung der Attraktivität des Berufsbildes Erzieher sei ein überaus wichtiger arbeitsmarktpolitischer Ansatz.

Herr Kohler und Frau Ziminski tauschen sich über die Eckpunkte der Berechnung der Gemeindestatistik aus.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

7 0109/2017

**Trennungs- und Scheidungsberatung im Landkreis RV bei hochstrittigen Themen und aktuelle rechtliche Entwicklungen**

Frau Raedler führt in die Thematik ein.

Herr Gutemann verweist auf die ausliegenden Informationsmaterialien:

- Broschüre „Aufgaben, Leistungen, Hilfen des Jugendamts“
- Flyer „Mein Papa kommt“
- Flyer „Eltern bleiben Eltern trotz Trennung oder Scheidung“
- Broschüre „Wegweiser für den Umgang nach Trennung und Scheidung“
- Broschüre „Krise – Trennung – Scheidung – Stieffamilie – Patchworkfamilie“
- Infoblatt „20 Bitten von Kindern“
- Infoblatt „Gruppe für Kinder aus Trennungs- und Scheidungsfamilien“

Er fasst die Sach- und Rechtslage ausführlich zusammen und erläutert die statistischen Angaben, die juristischen Aspekte sowie die Vorgehensweise und die Entscheidungskriterien des Jugendamts.

Die stv. Vorsitzende betont die komplexen Anforderungen und die Ernsthaftigkeit der Bemühungen des Jugendamts. Sie hofft, dass die Vielschichtigkeit dieser Materie durch den heutigen Vortrag verdeutlicht werden konnte.

KR Hämmerle dankt für die umfangreiche Behandlung dieses Themas im Ausschuss. Er selbst habe das Jugendamt in seinem privaten Umfeld als kompetenten Berater erlebt. Es sei sehr erfreulich, dass es mittlerweile in 95 % der Scheidungsfälle ein gemeinsames Sorgerecht gebe. Er möchte allerdings die verbliebenen 5 % aufgreifen und auch hier nach befriedigenden Lösungen suchen. Außerdem hinterfragt er die geltenden Gesetze zur Berechnung des Unterhalts und zeigt die nach wie vor bestehenden Kritikpunkte auf, beispielweise die Übergänge Beratungsstellen – Familiengericht - Jugendamt. Vielleicht könne ein „Ombudsmann“ als niederschwelliger Ansprechpartner in diesem Zusammenhang eine aktive und wirksame Hilfestellung anbieten. Die Mitarbeiter des Jugendamts sollten sich auf strittige Fälle besser konzentrieren können. Dies sei anzustreben durch

- Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter,
- Mediation der Beratung,
- Schulungen und Supervisionen.

KRin Müller hält die Neutralität der Mitarbeiter für entscheidend. Im Einzelfall sei diese wohl nicht immer zu wahren und bedürfe der stetigen Rückkoppelung in Form von

Supervision.

Herr Grewe gibt das Lob der Mitarbeiter des Familiengerichts an die Mitarbeiter des Jugendamts weiter, die zum Teil schwere Konflikte aushalten müssen. Man dürfe nicht aus dem Auge verlieren, dass am Anfang aller Beratungen eine private Katastrophe stünde. Dieser Ausgangspunkt schränke den Umfang und Inhalt von realistischen Zielen sehr ein.

Die stv. Vorsitzende bestätigt die für alle Beteiligten schwierige Situation. Sie bezweifelt allerdings, ob eine höhere Anzahl von Mitarbeitern, also eine Ausweitung des Beratungsangebots, an dieser grundsätzlichen Lage, dass eine Partnerschaft und eine Familie zerbrochen sei, etwas ändern könnte.

Herr Gutemann beschreibt die Unterstützungsangebote für die Mitarbeiter. Aus seiner Sicht könne auch ein „Ombudsmann“ die Rahmenbedingungen für die Betroffenen nicht wesentlich verbessern.

KRin Pfluger legt Wert auf die Qualität der Beratung. Es sei sehr anspruchsvoll, die Neutralität zu wahren und erfordere ein hohes Maß an Präzision bei der Wortwahl. Außerdem sei nicht anzunehmen, dass es bei einem gemeinsamen Sorgerecht nicht auch zu Konflikten komme. Sie macht darauf aufmerksam, dass es bei diesem Modell eine deutliche Zunahme von erforderlichen Unterschriften gibt. Sie fragt nach der Position des Jugendamtes in diesem Zusammenhang und auch bezüglich des betreuten Umgangs.

Für KR Hämmerle hängt die Qualität der Beratung durchaus mit der Quantität zusammen. Wenn der Mitarbeiter mehr Zeit zur Verfügung habe, könne er auch besser arbeiten.

Herr Manz legt dar, dass auch der beste Berater akzeptieren müsse, wenn es bei hochstrittigen Fällen keine einvernehmliche Lösung geben könne und daher andere Wege zum Kindeswohl führen müssen.

Herr Gutemann zeigt die Entwicklung im Umgangsrecht auf. Natürlich gebe es auch beim gemeinsamen Sorgerecht Umgangsstreitigkeiten und Unsicherheiten im Alltagsgeschehen, zum Teil auch wegen des höheren Unterschriftenbedarfs. Ein betreuter Umgang sei mitunter ein sinnvolles Instrument, beispielsweise bei der Anbahnung ei-

nes Umgangsrechts.

Frau Raedler macht deutlich, dass ein Mehr an Personal und Schulung nicht die Lösung aller Probleme darstellen würde. Beim Landratsamt sei das fachliche Level bereits sehr hoch. Die Herausforderung bestehe in der Komplexität der Fälle und in einer erfolgreichen Kommunikation. Letztendlich müsse man sich damit abfinden, dass es auch Fälle gebe kann, die nicht oder nur sehr schwer lösbar seien.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## 8 **Mitteilungen und Anfragen**

Infoblatt zum „Informationstool Familienleistungen“

Herr Gutemann verweist auf das ausliegende Infoblatt und die nach seiner Einschätzung sehr gute Internetseite [www.infotool-familie.de](http://www.infotool-familie.de).

Infoblatt „Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Herr Sautter nimmt Bezug auf das von ihm verteilte Informationsblatt „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum, vorrangig im Handlungsfeld Extremismus). Er teilt mit, dass der Kreisjugendring eine Förderzusage über 25.000 € für den Aufbau einer Anlaufstelle gegen Rechtsextremismus erhalten habe. Zu gegebener Zeit werde er über diese lokale Einrichtung berichten.

Frau Raedler vermisst in sämtlichen an sich lobenswerten Aktionen gegen den Rechtsextremismus die anderen Formen von Extremismus. Auch bei diesen sollte man mit viel Sensibilität wirksame Gegenmaßnahmen schaffen. Es sei ihr ein Anliegen, hier einen umfassenden Blick zu schärfen.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**Jugendhilfeausschuss am 12.09.2017:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

9. 0106/2017

**Fortschreibung Kreisstrategie 2018**

1. Die Fortschreibung der Kreisstrategie für das Jahr 2018 wird entsprechend den Beschlussvorschlägen der Anlagen 1 – 14 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.
  
2. Die Entscheidung über die Ressourcenbereitstellung (Finanzen und Personal) fällt im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts am 19.12.2017.

**Beratungsergebnis:** einstimmig empfohlen (bei 4 Enthaltungen)

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Josef Forderer

Gisela Müller